

Der unterzeichnende Bezirksrat der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 02.07.2021 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage an die Frau Bezirksvorsteherin zum Thema Nachnutzung Schule Kinkplatz

In der Online-Ausgabe der „BezirksZeitung“ vom 27.04.2021, 19.20 Uhr erscheint ein Artikel zum Thema „Helmut-Richter-Schule am Kinkplatz steht weiter leer“. In diesem Artikel kommt auch die Bezirksvorstehung (sic!) zu Wort und wird wie folgt zitiert: „In der Bezirksvorstehung zeigt man sich überzeugt davon, dass der Standort Kinkplatz für eine Schule erhalten bleibt.“

Dazu stelle ich nun folgende Anfragen:

1. Wer genau hat gegenüber der „BezirksZeitung“ für die Bezirksvorstehung gesprochen und die Überzeugung vertreten, dass der Kinkplatz als Standort für eine Schule erhalten bleibt?
2. Kennen Sie die Anfragebeantwortung des zuständigen Stadtrats Christoph Wiederkehr S 1145006/20 vom 05.01.2021, wonach dem Gebäude die Bewilligung zur Nutzung als Schule entzogen wurde? Wie passt die Aussage in der „BezirksZeitung“ mit dieser Anfragebeantwortung zusammen?
3. In Ihrer eigenen Anfragebeantwortung S 1149041/20 vom 15.01.2021 teilen Sie mit, dass Ihnen keine konkreten Planungsvorhaben oder ausgearbeitete Nachnutzungskonzepte bekannt sind. Hat sich an dieser Aussage etwas geändert?
4. In derselben Anfragebeantwortung schreiben Sie: „Aus meiner Perspektive sollten die Überlegungen für das Gebäude nicht an einer zukünftigen Nutzung als Bildungseinrichtung halt machen, sondern auch eine Weiterentwicklung des Gebäudes bzw. der Liegenschaft für neue Nutzungen beinhalten.“ Wie passt die Aussage in der „BezirksZeitung“ mit dieser Anfragebeantwortung zusammen?
5. Gibt es mittlerweile konkrete Planungsvorhaben oder Nachnutzungskonzepte, die die Aussage in der „BezirksZeitung“ vom 27.04.2021, wonach am Kinkplatz jedenfalls ein Schulstandort erhalten bleibt, rechtfertigen oder erklären würde?

Die neue Volkspartei

Penzing

Begründung:

Die Helmut-Richter-Schule am Kinkplatz ist über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt – leider auf Grund der Baumängel eher von trauriger Berühmtheit. Eben weil so viele unterschiedliche Interessen aufeinander prallen (Denkmalschutz, Bildung, Anrainer-Interessen, etc.), wäre eine stringente und transparente Informationsstrategie wünschenswert, um in einem offenen Prozess die unterschiedlichen Interessen bestmöglich einbinden zu können.

Aussagen in Nebensätzen und/oder unautorisierte Stellungnahmen würden genau das Gegenteil einer stringenten und transparenten Informationsstrategie bedeuten.

Die gegenständliche Anfrage soll klären, ob es neue Fakten bzw. einen neuen Planungsstand zum Standort Kinkplatz gibt oder ob einfach in der Pressearbeit gegenüber der „BezirksZeitung“ ungenau oder vorschnell formuliert wurde.

Bezirksrat Mag. Markus Keschmann
Klubobmann